

CHRISTOPHER REIBETANZ

Das Kollisionsrecht
der faktischen
Lebensgemeinschaft

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

539

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

539

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röthel



Christopher Reibetanz

Das Kollisionsrecht der faktischen Lebensgemeinschaft

Mohr Siebeck

Christopher Reibetanz, Studium der Rechtswissenschaften an der Bucerius Law School und der University of Cambridge (Trinity College); 2020 Erstes Staatsexamen; danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Handelsrecht und Rechtsvergleichung an der Bucerius Law School; 2024 Promotion; seit 2024 Rechtsreferendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle.
orcid.org/0009-0003-0214-1149

ISBN 978-3-16-164430-6/ eISBN 978-3-16-164431-3
DOI 10.1628/978-3-16-164431-3

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2025.

© Christopher Reibetanz.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp & Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbsttrimester 2024 von der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft als Dissertation angenommen. Die mündliche Promotionsprüfung fand am 11. November 2024 statt. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur konnten bis Oktober 2024 berücksichtigt werden.

Besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Professor Dr. Karsten Thorn, LL.M. (Georgetown), an dessen Lehrstuhl ich während meiner Promotionszeit und über diese hinaus als Wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Die Zeit hat mich persönlich und akademisch geprägt.

Professorin Dr. Dr. h.c. mult. Katharina Boele-Woelki danke ich nicht nur für die überaus zügige Erstellung des Zweitgutachtens, sondern auch für wertvolle Gespräche im Laufe des Entstehungsprozesses dieser Arbeit, die mich sehr motiviert haben. Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei Professorin Dr. Bettina Heiderhoff für den fruchtbaren fachlichen Austausch während des und im Anschluss an das von ihr koordinierte Programme in European Private Law for Postgraduates, an dem ich 2022/23 teilnehmen durfte. Dem Direktorium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Professorin Dr. Anne Röthel, Professor Dr. Holger Fleischer und Professor Dr. Ralf Michaels, danke ich für die Aufnahme meiner Dissertation in die Schriftenreihe des Instituts. Dank schulde ich ferner der Friedrich-Naumann-Stiftung, die mich durch ein Promotionsstipendium gefördert hat, sowie der Studienstiftung *ius vivum* für die Gewährung eines großzügigen Druckkostenzuschusses.

Zum Gelingen meines Promotionsvorhabens hat eine Vielzahl von Unterstützerinnen und Unterstützern beigetragen. Nicht alle können hier Erwähnung finden. Besonders danken möchte ich an dieser Stelle jedoch Annika Diemke und Dr. Caroline Lasthaus für ihre gründlichen Korrekturen und Anmerkungen. Lara Bucholski und Dr. Charlotte Wendland, M.Jur. (Oxford) standen immer für fachlichen wie persönlichen Rat an meiner Seite. Meinen Eltern, Susan und Dr. Axel Reibetanz, danke ich sehr für ihre Unterstützung während meiner Studien- und Promotionszeit. In besonderem Maße gebührt mein Dank schließlich Jan Oliver Eggers für seinen vorbehaltlosen Rückhalt in den letzten beiden Jahren meines Promotionsstudiums.

Hamburg, im Dezember 2024

Christopher Reibetanz

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Kapitel 1: Grundlagen	3
§ 1 <i>Rechtshistorische, rechtssoziologische und rechtspolitische Grundlagen</i>	3
§ 2 <i>Sachrechtsvergleichung</i>	17
§ 3 <i>Kollisionsrechtliche Grundlagen</i>	53
§ 4 <i>Kollisionsrechtliche Interessen</i>	89
§ 5 <i>Ergebnisse des ersten Kapitels</i>	93
Kapitel 2: Qualifikation und Anknüpfung <i>de lege lata</i>	95
§ 6 <i>Qualifikation</i>	95
§ 7 <i>Anknüpfung</i>	187
§ 8 <i>Keine Anerkennung von Rechtslagen</i>	202
§ 9 <i>Ergebnisse des zweiten Kapitels</i>	203
Kapitel 3: Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	205
§ 10 <i>Ausländisches Kollisionsrecht der faktischen Lebensgemeinschaft</i>	205
§ 11 <i>Vorschläge aus der Literatur</i>	224
§ 12 <i>Entwicklung eines eigenen Regelungsvorschlags</i>	233
§ 13 <i>Ergebnisse des dritten Kapitels</i>	273
Zusammenfassung der Ergebnisse	275

Anhang: Bestimmungen des ausländischen Kollisionsrechts im Wortlaut	279
Literaturverzeichnis	307
Materialien	327
Sachverzeichnis	329

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Kapitel 1: Grundlagen	3
<i>§ 1 Rechtshistorische, rechtssoziologische und rechtspolitische Grundlagen</i>	<i>3</i>
A. Rechtsgeschichte	3
I. Ehe und Konkubinat in Antike und Mittelalter	3
II. Rechtliche Anerkennung nichtehelicher Beziehungen in Antike und Mittelalter	5
III. Neuzeitliche Entwicklungen	6
B. Soziologische Hintergründe	7
I. Trends und Entwicklungen	7
II. (Rechts-)Soziologische Grundstrukturen	8
III. Sozioökonomische Aspekte	10
IV. Partnerschaftsverträge	11
V. „Verantwortungsgemeinschaften“ als neuere Entwicklung	11
C. Rechtspolitische Perspektiven: Reaktionsmöglichkeiten des (Sach-)Rechts	11
I. Statusprinzip des (deutschen) Familienrechts	12
1. Grundlagen	12
2. Abgrenzung von Statusverhältnissen und Realbeziehungen	13
II. Das Für und Wider der normativen Erfassung von Realbeziehungen	14
1. Gegenargumente	15
2. Pro-Argumente	15

§ 2 Sachrechtsvergleich	17
A. Forschungsstand und Vorgehensweise	17
B. Konturierung des Vergleichsgegenstands	19
I. Formfreie Eingehung und Beendigung	19
II. Privatautonome Ausgestaltbarkeit	21
III. Uneinheitliches Verständnis der „Lebensgemeinschaft“	21
1. Gesetzlicher Regelungsansatz	22
2. Erfordernis eines gemeinsamen Haushalts?	22
3. Mindestdauer des Bestehens	22
4. Erfassung verschieden- und gleichgeschlechtlicher Paare	23
5. Erfassung „mehrpoliger“ Beziehungen?	24
6. Erfassung von „Verantwortungsgemeinschaften“	24
IV. Abgrenzungen und Konkretisierungen	26
1. Freundschaftliche Verbindungen und bloße Zweckgemeinschaften	26
2. Eingetragene Lebenspartnerschaft	27
a) Obligatorische Eintragung	27
b) Eintragung zu Beweis Zwecken	28
3. Auf sonstige Weise formalisierte Lebensgemeinschaften	29
4. Verlöbnis	30
5. Vertragsehen	30
6. Faktische Ehen	31
V. Zusammenfassung	32
C. Einige Ansätze im Einzelnen	32
I. Deutschland	32
1. Ausgangspunkt	32
2. Ausnahmsweise: Richterrechtlicher Vermögensausgleichsanspruch	34
3. Reformdebatte	36
II. Blick ins Ausland	38
1. Beispiel: Neuseeländischer Property (Relationships) Act 2001	38
2. Weitere Rechtsordnungen mit weitgehender Angleichung von Ehe und faktischer Lebensgemeinschaft	40
3. Rechtsordnungen mit Rechtswirkungen „unterhalb“ der Ehe	41
4. Exkurs: Neuere Projekte zur Sachrechtsharmonisierung	44
a) Principles of European Family Law	44
b) UCERA	46
D. Systematisierung	47
I. Gruppierung nach Rechtskreisen	47
II. Außerrechtlichkeit, Eigenrechtlichkeit, Anlehnsrechtlichkeit	48

III. Positiv-rechtliche Erfassung oder „rechtsfreier Raum“	49
IV. Gründe für eine positiv-rechtliche Erfassung	50
E. Schlussbetrachtung zur (sach-)rechtsvergleichenden Umschau	51
§ 3 Kollisionsrechtliche Grundlagen	53
A. Qualifikation	53
I. Gegenstand der Qualifikation	54
II. Funktional-teleologische Qualifikation; <i>lex causae</i> -Qualifikation	55
III. Auslegung der Kollisionsnormen	56
IV. Besonderheiten des europäischen Kollisionsrechts	57
1. Horizontale und vertikale Abgrenzung	57
2. Teleologische Auslegung und funktionale Qualifikation	59
3. Systematische Auslegung	60
a) Normative Anhaltspunkte in den Verordnungen	60
b) Kohärenzgebot	60
4. Qualifikationsverweisungen	61
5. Auswirkungen auf die „vertikale Ebene“	62
V. Qualifikation auf Tatbestands- und Rechtsfolgenseite	63
VI. Auslegung und Analogie	63
1. Allgemeines	63
2. Besonderheiten des europäischen Kollisionsrechts	64
3. Besonderheiten auf nationaler Ebene	65
VII. Mehrfach- bzw. Doppelqualifikation	66
VIII. Qualifikation und Anpassung	67
B. Statutenwechsel	67
I. Ursachen	67
II. Vor- und Nachteile	68
III. Statutenwechsel und Vertrauensschutz	69
1. Offene und abgeschlossene Tatbestände	70
2. Dauerrechtsverhältnisse	70
C. Internationales Schuld- und Familienrecht	70
I. Europäischer <i>acquis</i>	71
II. Horizontale und vertikale Abgrenzung	72
III. Begründung, Wirkungen, Beendigung und Beendigungsfolgen	73
IV. Objektive Anknüpfung	75
1. Regelanknüpfungen	75
2. Ausweichklauseln	77
V. Parteiautonomie	78
1. Grundsatz der freien bzw. beschränkten Rechtswahl	78
2. Parallelen zur sachrechtlichen Privatautonomie	79

3. Übergreifender Begründungsansatz: Schutz des schwächeren Partners	80
4. Internationales Familienrecht: Kompromiss zwischen Kontinuitäts- und Integrationsinteressen	81
VI. Einzel- und Gesamtstatut	82
VII. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt	82
1. Bedeutung und Funktionsweise des <i>ordre public</i>	83
2. Europäisierung und Internationalisierung des <i>ordre public</i>	84
3. Rückwirkung und Vertrauensschutz	84
4. Kollisionsrechtliche Absicherung des Prinzips der Formalität	85
D. Vorfragen	86
E. Jüngere Rechtsentwicklungen und Diskurse	87
I. Einfluss der GRC und der EMRK	87
II. Einfluss der Grundfreiheiten: Anerkennung von Rechtslagen	88
§ 4 <i>Kollisionsrechtliche Interessen</i>	89
A. Grundsätzliches	89
B. Interessenlage bei der faktischen Lebensgemeinschaft	90
I. Parteiinteressen	90
II. Ordnungsinteressen des Staates	91
C. Abgrenzung zu Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft	92
§ 5 <i>Ergebnisse des ersten Kapitels</i>	93
Kapitel 2: Qualifikation und Anknüpfung <i>de lege lata</i>	95
§ 6 <i>Qualifikation</i>	95
A. Grundproblem: Schuld- oder familienrechtliche Qualifikation?	95
I. Mehrdimensionalität des Qualifikationsproblems	96
II. Weitere Ausdifferenzierung des Meinungsspektrums	97
1. Bedingte familienrechtliche Qualifikation	97
2. Doppelqualifikation	98
III. Zwischenergebnis	98
B. Systematisierung des Qualifikationsproblems	99
I. Erscheinungsformen der faktischen Lebensgemeinschaft	99
1. Grundsatz	99
2. Abgrenzung im Einzelnen	99
II. Rechtsfragen	101
1. „Begründung“ faktischer Lebensgemeinschaften?	101
a) Rein faktische Lebensgemeinschaften	101
b) Verfasste Formen der faktischen Lebensgemeinschaft	103

2. Wirkungen während der Dauer der Lebensgemeinschaft	103
3. Beendigung und Beendigungsfolgen	104
a) Beendigung	104
b) Beendigungsfolgen	104
4. Drittbeziehungen	105
III. Abschichtung des Problembereichs	105
IV. Zwischenergebnis	106
C. Europäisches Kollisionsrecht	106
I. Familienrechtliche Anknüpfungsgegenstände	106
1. Ehescheidung	107
2. Ehegüterrecht	108
a) Güterrecht	108
b) Ehebegriff	109
aa) Europäisch-autonomer Ehebegriff?	110
bb) Faktische Lebensgemeinschaften als „Ehe“?	111
c) Zwischenergebnis	113
3. Güterrecht eingetragener Lebenspartnerschaften	113
a) Rein faktische Lebensgemeinschaften	113
b) Zu Beweis Zwecken eingetragene Lebensgemeinschaften	114
c) Auf sonstige Weise formalisierte Lebensgemeinschaften	116
d) Registrierte Einstands- und Solidargemeinschaften	117
4. Personenstand	117
5. Familienverhältnisse	117
a) Rechtsaktübergreifende Auslegung	118
b) Keine Auslegung nach der <i>lex causae</i>	120
c) Autonome Begriffsdefinition	121
aa) Überblick über den Meinungsstand	121
bb) Eigene Auslegung	122
(1) Wortlaut	123
(2) Systematik	123
(a) Verbleibender Anwendungsbereich für die Verhältnisse mit vergleichbaren Wirkungen	123
(b) Formblätter der EuUntVO	124
(c) ErwGr (11) EuUntVO	125
(d) ErwGr (16) S. 2 EuPartVO	125
(e) Sonstiges Sekundärrecht	126
(3) Rechtsvergleichung	127
(4) Berücksichtigung des europäischen Primärrechts	128
(a) Regelungsgehalt des Art. 7 GRC und Art. 8 Abs. 1 EMRK	128

(b) Übertragung auf die Auslegung der IPR-Verordnungen	130
(c) Anwendung auf die faktische Lebensgemeinschaft	133
(5) Zwischenergebnis und Abgrenzung	135
6. Verhältnisse mit vergleichbaren Wirkungen	135
a) Anwendungsbereich	135
b) Referenzbegriffe: Ehe und Familienverhältnisse	136
c) Qualifikationsverweisung auf die <i>lex causae</i>	136
d) Bedingte familienrechtliche Verweisung für die faktische Lebensgemeinschaft?	137
e) Funktionsweise der Qualifikationsverweisung	137
f) Nachteile einer (Qualifikations-)Verweisung für die faktische Lebensgemeinschaft	138
g) Zwischenergebnis	139
7. Unterhalt	140
II. Schuldrechtliche Qualifikation	141
1. Grundlagen	141
2. Schuldverhältnis	143
3. Vertragliches Schuldverhältnis	144
a) Freiwillig eingegangene Verpflichtung	144
b) Systematische und teleologische Auslegung	147
c) Vertragliche Schuldverhältnisse zwischen Lebensgefährten aa) Abgrenzung zwischen internationalem Ehe- und Schuldvertragsrecht	149
bb) Übertragung auf die faktische Lebensgemeinschaft	150
(1) Grundsatz	150
(2) Partnerschaftsverträge	151
(3) Zuwendungen	152
(4) Andere Verträge	152
4. Außervertragliches Schuldverhältnis?	153
a) Keine allgemeine außervertragliche Qualifikation	153
b) Außervertragliche Schuldverhältnisse zwischen Lebensgefährten	154
5. Gesellschaftsrechtliche Qualifikation	155
a) Gegenstand des internationalen Gesellschaftsrechts	155
b) Keine gesellschaftsrechtliche Qualifikation faktischer Lebensgemeinschaften	155
c) Ausnahmen	156

III. Erbrecht	156
1. Anwendbarkeit der EuErbVO	156
2. Anknüpfung des Bestehens einer faktischen Lebensgemeinschaft	157
IV. Zwischenergebnis	159
V. Lückenfüllung: Analoge Anwendung der familienrechtlichen Verordnungen?	160
1. EuGüVO und EuPartVO	160
a) Planwidrige Regelungslücke	160
b) Vergleichbare Interessenlage	161
2. Rom III-VO	162
3. Internationales Schuldrecht	163
4. Zwischenergebnis	163
D. Staatsvertragliches Kollisionsrecht: Anwendbarkeit des HUP	163
E. Autonomes Kollisionsrecht	165
I. Keine Anwendung der schuldrechtlichen Kollisionsnormen	166
II. Autonomes internationales Familienrecht	166
1. Ehe	167
2. Eingetragene Lebenspartnerschaft	167
III. Lückenfüllung	168
1. Art. 13 ff. EGBGB analog	168
a) Analoge Anwendung auf formlose Ehen	169
b) Analoge Anwendung auf faktische Lebensgemeinschaften	170
aa) Grundsatz: Art. 13 ff. EGBGB analog	170
bb) Art. 14 EGBGB	171
(1) Anwendungsbereich	171
(2) Eignungstest: Objektive Anknüpfung	172
(3) Eignungstest: Subjektive Anknüpfung	173
(4) Keine Verweisung auf die EuGüVO	173
cc) Art. 17a EGBGB	173
dd) Art. 13 EGBGB	174
ee) Art. 13 EGBGB n. F.	176
ff) Differenzierung nach sexueller Orientierung (Art. 17b Abs. 4 EGBGB)?	176
2. Art. 17b EGBGB analog	177
3. Alternativlösung: Bildung einer ungeschriebenen Kollisionsnorm	178
a) Verweisung auf die EuGüVO	178
b) Anwendung des Art. 15 EGBGB a. F.	179
c) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	179

4. Auf Verhältnisse mit vergleichbaren Wirkungen anzuwendendes Recht	179
a) Vorüberlegung: Qualifikationsverweisung auf das autonome Kollisionsrecht	179
b) Meinungsstand zum deutschen Kollisionsrecht	180
c) Differenzierungskriterium „Begründungsort“	181
d) Differenzierungskriterium „Ort, an dem die Lebensgemeinschaft gelebt wird“	181
e) Stellungnahme	182
IV. Zwischenergebnis	183
F. Qualifikation auf Rechtsfolgenrechte	183
G. Exkurs: Internationales Zivilverfahrensrecht	184
H. Abschließende Beobachtungen	186
§ 7 Anknüpfung	187
A. Anknüpfung bei familienrechtlicher Qualifikation	187
I. Unterhalt	187
1. Objektive Anknüpfung	187
a) Systematik der Art. 3 ff. HUP	187
b) Analoge Anwendung des Art. 5 HUP	188
c) Anwendung des Art. 6 HUP	190
2. Subjektive Anknüpfung	190
II. Wirkungen	191
1. Objektive Anknüpfung	191
a) Grundsatz	191
b) Veränderung anknüpfungsrelevanter Tatsachen	192
c) Kein Schutz vor überraschender Rechtsanwendung	192
d) Anrechnung im Ausland verbrachter „Anwartschaftszeiten“	193
e) Kein „Erstarken“ einer im Ausland gelebten faktischen Lebensgemeinschaft	194
f) Schutz Dritter	194
2. Subjektive Anknüpfung	195
a) Reichweite der Parteiautonomie	195
b) Form der Rechtswahl	196
3. Intertemporales Kollisionsrecht	197
III. Verträge und Delikte	198
B. Anknüpfung bei schuldrechtlicher Qualifikation	198
C. Einzelfragen	199
I. Art der Verweisung	199
II. <i>Ordre public</i>	199

1. Offensive Wirkung	199
2. Defensive Wirkung	201
§ 8 Keine Anerkennung von Rechtslagen	202
§ 9 Ergebnisse des zweiten Kapitels	203
Kapitel 3: Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	205
§ 10 Ausländisches Kollisionsrecht der <i>faktischen Lebensgemeinschaft</i>	205
A. Kontinentaleuropa	206
I. Jugoslawische Nachfolgestaaten	206
1. Bosnien-Herzegowina, Serbien und Slowenien	206
2. Montenegro	206
3. Kroatien	207
4. Nordmazedonien	208
II. Ungarn	208
III. Italien	208
IV. Schweden	209
V. Ehemalige Foralrechte Spaniens	210
B. Lateinamerika	211
I. Argentinien	211
II. Costa Rica	211
C. Common Law-Rechtsordnungen	212
I. British Columbia (Kanada)	212
II. Irland	213
III. Neuseeland	213
IV. Australien	214
V. Exkurs: Kollisionsrechtlicher Gehalt des UCERA	215
D. Synthese und erste Bewertung	216
I. Ausdifferenzierung der Anknüpfungsgegenstände	216
II. Objektive Anknüpfung	218
1. Staatsangehörigkeits- oder Aufenthaltsprinzip	218
2. Primäres Anknüpfungsmoment	219
3. Subsidiäre Anknüpfung	220
4. Auflockerung	220
5. Statutenwechsel	220
III. Subjektive Anknüpfung	221
IV. Zwingendes Recht und Schutz der Rechte Dritter	222
V. Zwischenergebnis	222

§ 11 Vorschläge aus der Literatur	224
A. Schümann	224
B. Coester	225
C. Sonnenberger	227
D. Köhler	228
E. Gruber und Martiny	228
F. Vorschläge in der ausländischen Literatur	229
I. Escudey (Frankreich)	229
II. Heijning (Niederlande)	231
G. Zusammenfassende Würdigung	231
§ 12 Entwicklung eines eigenen Regelungsvorschlags	233
A. Das „Ob“	233
I. Unmöglichkeit einer typisierenden Regelung?	233
II. Fehlende Praxisrelevanz?	234
III. Kein „Vorpreschen“ des Kollisionsrechts	235
B. Regelungsstandort	236
I. Staatsvertragliches und europäisches Kollisionsrecht	236
II. Autonomes Kollisionsrecht	237
C. (Fort-)Entwicklung einer Kollisionsnorm	239
I. Regelungsstandort	240
II. Verweisungen und ausgeklammerte Bereiche	240
III. Anknüpfungsgegenstand „faktische Lebensgemeinschaft“	241
1. Plädoyer für einen weiten Anwendungsbereich	241
2. Plädoyer für die „faktische Lebensgemeinschaft“	243
IV. Anknüpfungsgegenstände „Bestehen“ und „Wirkungen“	245
1. Bestehen	245
a) Internationales Erbrecht	245
b) Anwendungsbereich des autonomen Kollisionsrechts	246
aa) Ausdrückliche Regelung zur Schaffung von Rechtssicherheit	246
bb) Unwandelbare Anknüpfung des Bestehens?	246
c) „Anwartschaftszeiten“ im Ausland; Beendigung der Lebensgemeinschaft	248
2. Wirkungen	248
V. Anknüpfung der Wirkungen	249
1. Objektive Anknüpfung	249
a) Verweisung auf Art. 14 Abs. 2 EGBGB	249
b) Wandelbarkeit des Wirkungsstatuts	252
aa) Entscheidung gegen eine unwandelbare Anknüpfung	252

bb) <i>Ex nunc</i> -Wirkung des Statutenwechsels	252
cc) Sonderfall: Abschluss eines Partnerschaftsvertrags	253
c) Problemfälle	254
aa) Überraschender Statutenwechsel	254
bb) Keine Lösung durch die allgemeinen Mechanismen	255
cc) Zeitliche Hemmung des Statutenwechsels?	255
dd) Kollisionsrechtliche Einrede?	256
ee) Alternative: Ausweichklausel	257
d) Bezug zu Rechtsordnung(en) mit Güterrecht	258
e) Zwischenergebnis	260
2. Subjektive Anknüpfung	260
a) Zustandekommen und materielle Wirksamkeit	260
b) Katalog wählbarer Rechtsordnungen	261
c) Formelle Wirksamkeit der Rechtswahl	263
d) Verweisung auf Art. 8 Abs. 5 HUP	264
e) Keine Anwendung der Ausweichklausel	265
f) Wirkungen der Rechtswahl	266
g) Zwischenergebnis	267
VI. Weitere Anknüpfungsgegenstände	267
1. Schutz der Wohnung	267
2. Schutz des Rechtsverkehrs	267
3. Abgrenzungen	268
a) Schuldvertragsrecht und außervertragliche Schuldverhältnisse	268
b) Sachenrecht	269
4. Zeitlicher Anwendungsbereich	270
5. Umfang der Verweisung	271
6. Art der Verweisung	271
7. <i>Ordre public</i>	273
§ 13 Ergebnisse des dritten Kapitels	273
Zusammenfassung der Ergebnisse	275
Anhang: Bestimmungen des ausländischen Kollisionsrechts im Wortlaut	279
Literaturverzeichnis	307
Materialien	327
Sachverzeichnis	329

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AmJCompL	American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Balkan Yb	Balkan Yearbook
BaslerK	Basler Kommentar
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
Bd.	Band
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck Rechtsprechung
Begr.	Begründer
ber.	berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (amtliche Sammlung)
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BOE	Boletín Oficial del Estado (Spanien)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2001 L 12, S. 1
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. L 351, S. 1

Brüssel II-VO	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl. L 160 S. 19
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 220/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABl. L 338, S. 1
Brüssel IIb-VO	Verordnung (EU) Nr. 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen, ABl. L 178, S. 1
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
CEFL	Commission on European Family Law
culpa in contrahendo	culpa in contrahendo
CuadDerTrans	Cuadernos de derecho transnacional
dies.	dieselbe(n)
DIPR	Derecho internacional privado
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
ECHR	→ EMRK
ECPIL	European Commentaries on Private International Law
EF-Z	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland
EGBGB-E	Entwurf für eine Vorschrift zur Einführung in das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG-UntVO	→ EuUntVO
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl. 2010 II S. 1198
ErwGr	Erwägungsgrund
ESÜ	Haager Erwachsenenschutzübereinkommen vom 13. Januar 2000, BGBl. 2007 II S. 324
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EU-EheGüterVO-E	→ EuGüVO
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl. L 201, S. 107

EuFams II	Project on European private international law in family and succession matters conducted between September 2018 and December 2020 and funded by the European Commission, built on the predecessor study „Planning the future of cross-border families: a path through coordination (EU Fam’s)“
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands, ABl. Nr. L 183, S. 1 → EuPartVO
Eu-LP-GüterVO	→ EuPartVO
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften, ABl. L 183, S. 30
EuPR	Europäisches Privatrecht
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl. 2009 L 7, S. 1
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamR	Familienrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fasc.	Fascicule
FF	Forum Familienrecht
FJR	Tijdschrift voor familie- en jeugdrecht
Fn.	Fußnote
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/-anwältin
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
HK	Handkommentar
HKK	Historisch-kritischer Kommentar
Houston JIntL	Houston Journal of International Law
HPUnt	→ HUP
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz

HUntStProt	→ HUP
HUP	Haager Protokoll vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht, ABl. 2009 L 331, S. 19
HUÜ	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973, BGBl. 1986 II, S. 837
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis/im Einzelnen
i. R. d.	im Rahmen der/des
i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
IJLPF	International Journal of Law, Policy and the Family
int.	international
IntEurFamR	Internationales und Europäisches Familienrecht
IntFamR	Internationales Familienrecht
Intl Survey of FamL	International Survey of Family Law
IntRV	Internationaler Rechtsverkehr
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Gesetz über das Internationale Privatrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JPIL	Journal of Private International Law
jurisPK	Juris PraxisKommentar
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission
KSÜ	Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern vom 19. Oktober 1996, BGBl. 2009 II S. 602
LA	Liber amicorum
lit.	Buchstabe
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft
McGill LJ	McGill Law Journal
m. Anm.	mit Anmerkung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MPI	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MüKo	Münchener Kommentar
n. F.	neue Fassung
NJA	Nytt Juridiskt Arkiv (Schweden)
N.J.S.A.	New Jersey Statutes Annotated
NehellG	Nichteheliche Lebensgemeinschaft
NELG	Nichteheliche Lebensgemeinschaft
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NK	NomosKommentar
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
o. Ä.	oder Ähnliche(s)
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
PACS	Pacte civil de solidarité
PIL	Private International Law
PopulBull	Population Bulletin of the United Nations
PWW	Kommentar von Prütting/Wegen/Weinreich
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rec. des Cours	Recueil des Cours de l'Académie de Droit International
Rev. crit. d. i. p.	Revue critique de droit international privé
RGDC	Revue Générale de Droit Civil Belge
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. L 177, S. 6, ber. gem. ABl. L 309, S. 87
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. L 199, S. 40
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts, ABl. L 343 S. 10
Rs.	Rechtssache
RVAP	Revista Vasca de Administración Pública
Rz.	Randziffer
S.	Satz (bei Normen)/ Seite (bei Quellenangaben)
SachenR	Sachenrecht
Sec.	Section
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Stanford Law Rev.	Stanford Law Review
StAZ	Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen, Familienrecht, Staatsangehörigkeit, Personenstandsrecht, Internationales Privatrecht des In- und Auslands
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional
UAbs.	Unterabsatz
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
Urt.	Urteil
Urt. v.	Urteil vom
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VertragsR	Vertragsrecht

VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung(en)
WPNR	Weekblad voor privaatrecht, notariaat en registratie
YbPIL	Yearbook of Private International Law
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZPO	Zivilprozessordnung
ZürcherK	Zürcher Kommentar
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Faktische Lebensgemeinschaften stellen nicht nur das Sachrecht, sondern auch das Kollisionsrecht vor besondere Herausforderungen.¹ Beide Rechtsgebiete müssen sich der Tatsache stellen, dass viele Paare jenseits der klassischen familienrechtlichen Statusverhältnisse Verantwortung füreinander übernehmen und ihre Beziehung nicht durch Eheschließung oder Eingehung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft formalisieren.²

Zahlreiche Rechtsordnungen sehen einen rechtlichen Rahmen für faktische Lebensgemeinschaften vor.³ Teilweise ergeben sich Rechte und Pflichten, die denjenigen des Eherechts in nichts nachstehen. In diesen Rechtsordnungen sind faktische Lebensgemeinschaften ein häufiges rechtstatsächliches Phänomen.⁴ Andere Rechtsordnungen pönalisieren nichteheliches Zusammenleben bis heute.⁵ In wieder anderen Rechtsordnungen bewegen sich faktische Lebensgemeinschaften weitgehend im rechtsfreien Raum.⁶ Auch im deutschen Sachrecht gibt es anders als in vielen ausländischen Rechtsordnungen bislang keinen kohärenten rechtlichen Rahmen für nicht formalisierte Lebensgemeinschaften.⁷

Die Relevanz des Kollisionsrechts muss vor diesem Hintergrund wohl nicht weiter begründet werden. Bislang existiert jedoch weder im europäischen noch im autonomen deutschen IPR eine Kollisionsnorm, die faktische Lebensgemeinschaften ausdrücklich erfasst. *De lege lata* ist fast alles strittig, weil sich die faktische Lebensgemeinschaft an der Schnittstelle von internationalem Schuld- und Familienrecht bewegt und viele Zuordnungsfragen deshalb ungeklärt sind.

¹ Mankowski, NZFam 2019, 890.

² Vgl. zur Rechtssoziologie § 1 B (S. 7 ff.).

³ Siehe den sachrechtsvergleichenden Überblick unter § 2 (S. 17 ff.).

⁴ Henrich/Dutta/Ebert/*Samtleben*, Peru, S. 42 (Fn. 167): zwischen 25 % und 50 % aller Paare; ähnlich Henrich/Dutta/Ebert/*Rissel*, Venezuela, S. 27.

⁵ Vgl. zur Rechtshistorie noch § 1 A (S. 3 ff.).

⁶ Man ist insofern an den *Napoleon Bonaparte* zugeschriebenen Ausspruch erinnert: „Les concubins se passent de la loi, la loi se désintéresse d’eux“ (Zuschreibung etwa bei *Escudey*, Rn. 2 (S. 13 f.)).

⁷ Auch die von der Ampel-Regierung geplante „Verantwortungsgemeinschaft“ schafft insofern keine Abhilfe, vgl. dazu eingehend *Röthel/v. Kügelgen/Reibetanz*, NJW 2024, 1925.

Das Schweigen des Gesetzgebers, gepaart mit den vielen offenen Streitfragen, führt zu großer Rechtsunsicherheit.

Diese Arbeit untersucht das Kollisionsrecht der faktischen Lebensgemeinschaft, das *Katharina Boele-Woelki* jüngst als „relatively under-researched“ bezeichnet hat.⁸ Schwierigkeiten bereitet dabei bereits die Konturierung des Untersuchungsgegenstands „faktische Lebensgemeinschaft“: Vorerst sollen hiervon alle auf Dauer angelegten partnerschaftlichen Beziehungen verstanden werden, bei denen es sich mangels formaler Begründung weder um eine Ehe, noch um ein Verlöbnis, noch um eine eingetragene Lebenspartnerschaft handelt.⁹ Die nähere Konkretisierung und Abgrenzung bleibt Kapitel 1 vorbehalten, das die erforderlichen Grundlagen für die weitere Untersuchung legt. Die kritische Aufarbeitung der Diskussionen zum geltenden Recht im zweiten Kapitel bilden ihrerseits die Grundlage für den in Kapitel 3 erarbeiteten Regelungsvorschlag *de lege ferenda*. Dieser zielt darauf, das Hauptdefizit des geltenden Rechts – die erhebliche Rechtsunsicherheit in grenzüberschreitenden Konstellationen – unter Berücksichtigung der kollisionsrechtlichen Interessen zu verringern. Die Arbeit konzentriert sich auf das Kollisionsrecht. Weitgehend ausgeklammert bleibt das internationale Zivilverfahrensrecht, dem eine eigene, vom Kollisionsrecht abweichende Funktion zukommt.¹⁰

⁸ *Boele-Woelki*, in: Thouvenin (Hrsg.), *Challenges of International Law*, 2024, S. 377, 379.

⁹ Angelehnt an *Gräf*, S. 136 f., dieser wiederum im Anschluss an *Buschbaum*, RNotZ 2010, 149, 151.

¹⁰ Freilich versprechen einzelne Ergebnisse dieser Untersuchung, etwa zur Auslegung der europäischen Systembegriffe, durchaus Erkenntnisse für das (europäische) internationale Zivilverfahrensrecht, vgl. dazu in aller Kürze § 6 G (S. 184 ff.).

Kapitel 1

Grundlagen

Noch vor einer Analyse der *lex lata* oder Überlegungen *de lege ferenda* bedarf es einer Betrachtung der Grundlagen, die von übergreifender Bedeutung sind. Nach historischen, rechtssoziologischen und rechtspolitischen Überlegungen (§ 1) folgen sachrechtsvergleichende Beobachtungen (§ 2). Es schließen sich die kollisionsrechtlichen Grundlagen an (§ 3). Das Kapitel endet mit einer Analyse der betroffenen kollisionsrechtlichen Interessen (§ 4).

§ 1 Rechtshistorische, rechtssoziologische und rechtspolitische Grundlagen¹

A. Rechtsgeschichte

Die Historie der rechtlichen Behandlung faktischer Lebensgemeinschaften ist umfassend aufgearbeitet.² Von Bedeutung für diese Untersuchung ist vor allem das Verhältnis von Ehe und faktischem Zusammenleben aus historischer Perspektive.

I. Ehe und Konkubinat in Antike und Mittelalter

Eine grundlegende Schwierigkeit bei der rechtshistorischen Betrachtung des Phänomens „faktisches Zusammenleben“, das in der rechtshistorischen Forschung oft als „Konkubinat“ bezeichnet wird, ergibt sich daraus, dass die „Ehe“ in ihrem heutigen Verständnis erst seit etwa einem Jahrhundert existiert.³ Wie stellte sich partnerschaftliches Zusammenleben in der länger zurückliegenden Vergangenheit dar?

¹ Die rechtsphilosophische Perspektive wird in dieser Untersuchung ausgeklammert. Vgl. dazu etwa *Brudermüller*, S. 45 ff.

² Etwa *Antokolskaia*, S. 61 ff., 74 ff., 88 f., 97 f., 110 f., 182 f., 200, 234 ff.; *Becker*, NELG; *Wagner*, in: Scherpe/Yassari (Hrsg.), *Rechtsstellung*, 2005, S. 15 ff., jeweils m. w. N.

³ Hierauf weist HKK-BGB/*Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 36 zutreffend hin.

Bereits in Jäger- und Sammlerkulturen existierten stabile Partnerschaften, die spätestens mit der Geburt von Kindern eine gewisse Stabilität gewannen.⁴ Im antiken Rom erfuhr das Konkubinat erstmals als dauerhafte Lebens- und Geschlechtsgemeinschaft zwischen Mann und Frau rechtliche Verankerung.⁵ Abgesehen von der Bestellung einer Mitgift unterschied sich das Konkubinat von der Ehe lediglich durch den Eheschließungswillen der Partner (*consensus facit nuptias*).⁶ Familiäre Paarbeziehungen waren weniger rechtliche denn soziale Erscheinungen.⁷

Gleiches gilt für das germanische⁸ sowie zunächst auch das mittelalterliche Recht.⁹ In Frankreich und im deutschen Rechtsraum wurde die Ehe bis ins 15. Jahrhundert geschlossen, indem der Mann bei wiederholtem Beischlaf erklärte, die Ehe solle gültig sein.¹⁰ Mit der heutigen Form der Eheschließung vor dem Standesbeamten unter gleichzeitiger Anwesenheit beider Ehegatten (§§ 1310 f. BGB) hat dies nichts gemeinsam.

Sieht man einmal von der Übergabe der Mitgift ab,¹¹ erschwert das Fehlen eines Publizitätsakts die Abgrenzung von Ehe und eheähnlichem Zusammenleben erheblich.¹² Wenig überraschend wurden heimliche, sog. klandestine Eheschließungen, und bigamische Verhältnisse beobachtet.¹³ Weil die katholische Kirche hierin einen „Missstand“¹⁴ erblickte, wurde anlässlich des Trienter Kon-

⁴ HKK-BGB/Saar, §§ 1207–1303 BGB Anh. II Rn. 34 m. w. N.

⁵ Digesta Iustiniani 25, 7; Codex Iustinianus 5, 26. Vgl. Antokolskaia, S. 61; HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 37. Hiervon ausgenommen ist freilich die Kaiserzeit Konstantins I. (306–337 AD), in der vorübergehend erste Einflüsse der Kirche spürbar wurden. Das Konkubinat zwischen Männern der Oberschicht und Frauen der Unterschicht wurde verboten und Schenkungen an „Konkubinen“ waren unwirksam, vgl. Antokolskaia, S. 63.

⁶ Kaser/Knütel, § 58 Rn. 2, 32; HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 39.

⁷ Kaser/Knütel, § 58 Rn. 2; Kroppenberg, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 43, 49.

⁸ HKK-BGB/Saar, §§ 1207–1303 BGB Anh. II Rn. 43 f.; Dreier/Brosius-Gersdorf, Art. 6 GG Rn. 1: Die sog. Muntehe, die als vorzugswürdige Partnerschaftsform galt, wurde durch Sippenvertrag geschlossen, während die sog. Friedelehe lediglich auf dem Konsens der Ehegatten beruhte.

⁹ HKK-BGB/Saar, §§ 1207–1303 BGB Anh. II Rn. 50 führt die Abwesenheit von Form-erfordernissen darauf zurück, dass die Kirche, die die Jurisdiktion über das Eherecht an sich zog, die Ehe „als dem Recht vorgegebene Erscheinung“ begriff.

¹⁰ HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 55.

¹¹ Vgl. Kaser/Knütel, § 59 Rn. 7; HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 43 (zur germanischen Muntehe).

¹² Antokolskaia, S. 110 f. (zum Hochmittelalter); HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 36.

¹³ Kaser/Knütel, § 58 Rn. 33; Kroppenberg, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 43, 50 f.

¹⁴ Vgl. Antokolskaia, S. 88 zur frühen Haltung der Kirche gegenüber dem Konkubinat.

zils im Jahr 1563 die kirchliche Eheschließung zur einzig legitimen Grundlage partnerschaftlichen Zusammenlebens erklärt.¹⁵ Fortan behielt in Westeuropa die Kirche die umfassende Jurisdiktion über das Eherecht.¹⁶

II. Rechtliche Anerkennung nichtehelicher Beziehungen in Antike und Mittelalter

Das Konkubinat der griechischen und römischen Antike¹⁷ diente zunächst als Ehesubstitut für (freie) Personen, die ihren Partner mangels Eheschließungsfähigkeit nicht heiraten konnten.¹⁸ Bereits unter der Justinianischen Dynastie (518–602 AD) hatte das Konkubinat eheähnliche Wirkungen (*inaequale coniugium*); der Unterschied lag lediglich in der sozialen Anerkennung.¹⁹

Das Konkubinat war zunächst eine Intim- bzw. Geschlechtsgemeinschaft aus Mann und Frau.²⁰ Überlieferungen über gleichgeschlechtliche Partnerschaften neben der Ehe finden sich sowohl aus dem antiken Griechenland (klassisch-hellenische Päderastie) als auch aus dem antiken Rom, die indes dem Kaiser vorbehalten waren.²¹ Auch das verschiedengeschlechtliche Konkubinat war in der nachklassischen Zeit vor allem unter verwitweten Männern aus der Oberschicht populär, die keine Wiederverheiratung wünschten.²²

Charakteristisch ist aus historischer Sicht das Nebeneinander von Ehe und eheähnlicher Beziehung.²³ Dies deutete sich bereits im griechischen und römischen Recht an,²⁴ wird aber spätestens im germanischen Recht deutlich: Die ger-

¹⁵ *Gaudemet-Tallon*, Rec. des Cours 226 (1991), 21, 155; Abdruck des Beschlusses bei *Wagner*, in: Scherpe/Yassari (Hrsg.), Rechtsstellung, 2005, S. 15, 32.

¹⁶ Im Hoch- und Spätmittelalter hatte die Kirche umfassenden Gestaltungsanspruch über das Eherecht. Erst zu Beginn der Neuzeit musste die Kirche Kompetenzeinbußen zugunsten des Staates hinnehmen, dazu HRG/*Buchholz*, S. 1194 ff.; zur Entwicklung im common law: *Katz*, Legal History IV, S. 160 ff.

¹⁷ Zu den Wirkungen: *Hartmann*, S. 218 ff.; *Kaser/Knütel*, § 58 Rn. 51.

¹⁸ *Antokolskaia*, S. 63 bezeichnet das römische Konkubinat daher als „marriage substitute for unequal“; *HKK-BGB/Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 37 (zum antiken Griechenland).

¹⁹ *Antokolskaia*, S. 63; *Kaser/Knütel*, § 58 Rn. 52 f.

²⁰ *Antokolskaia*, S. 61; *Dreier/Brosius-Gersdorf*, Art. 6 GG Rn. 2; *HKK-BGB/Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 37

²¹ Vgl. *Coester-Waltjen*, ZEuP 2018, 320, 349 m. w. N.

²² *Antokolskaia*, S. 63.

²³ *HKK-BGB/Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 35.

²⁴ Vgl. *Antokolskaia*, S. 88 f.; *HKK-BGB/Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 46, jeweils zur Haltung der Kirche gegenüber polygamen Beziehungen. Vgl. auch die Ausführungen von *Kaser/Knütel*, § 58 Rn. 52 zur nachklassischen Zeit, denen zufolge die rechtlichen Wirkungen des Konkubinats davon abhängig gemacht wurden, dass lediglich *eine* Frau zur Konkubine „genommen“ wurde.

manische Kebsche erlaubte merowingischen Herrschern, mehrere „Nebenfrauen“ zu nehmen.²⁵ Auch in der Karolingerzeit war es innerhalb der Aristokratie üblich und Ausdruck von Nobilität, eine oder mehrere Konkubinen neben einer Ehefrau zu haben.²⁶ Es ergibt sich eine funktionelle Zweiteilung von Ehe und Konkubinat: Während die Ehe politisch-dynastischen Zwecken dient, bietet das Konkubinat Raum für individuelle Liebe und Zuneigung.²⁷ Zwar lehnte die Kirche polygame Beziehungen bereits im Hochmittelalter ab,²⁸ der funktionellen Zweiteilung wurde jedoch erst mit dem Konzept der bürgerlichen Liebesheirat in der Neuesten Zeit ein Ende gesetzt.²⁹

III. Neuzeitliche Entwicklungen

Das Zeitalter der Aufklärung änderte nichts an der rechtlichen Ächtung des Konkubinats seit dem Trienter Konzil.³⁰ Vielmehr erfuhr das Zusammenleben außerhalb der Ehe eine Pönalisierung durch die Stadtrechtsreformationen als Hurerei und Unzucht.³¹ Eine liberalere Haltung der Rechtsordnungen gegenüber nicht-ehelichen Beziehungen setzte sich erst in der Neuesten Zeit durch.³² Erste Anzeichen für diese Entwicklung lassen sich im heutigen Russland im Zuge der Oktoberrevolution ab 1917 beobachten. Die radikal-ablehnende Haltung der neuen kommunistischen Führungselite gegenüber der Kirche³³ führte dazu, dass ab dem 1.1.1927 informelle Lebensgemeinschaften mit Ehwirkungen ausgestattet wurden.³⁴ Im Jahr 1944 wurde die faktische Sowjetehe freilich wieder abgeschafft.³⁵

²⁵ HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 43; Wagner, in: Scherpe/Yassari (Hrsg.), Rechtsstellung, 2005, S. 15, 24.

²⁶ Antokolskaia, S. 97 f.; HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 46.

²⁷ Kroppenberg, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 43, 51.

²⁸ Antokolskaia, S. 110.

²⁹ Kroppenberg, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 43, 51.

³⁰ Vgl. den vielzitierten Ausspruch Napoleons: „Les concubins se passent de la loi, la loi se désintéresse d’eux.“ Umfassend zum Zeitalter der Aufklärung Wagner, in: Scherpe/Yassari (Hrsg.), Rechtsstellung, 2005, S. 15, 35 ff.

³¹ Kroppenberg, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 43, 51; HKK-BGB/Saar, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 61; weitere Nachweise zu Strafnormen bei Bradley, IJLPF 15 (2001), 22, 23.

³² Dazu sogleich C II (S. 14 ff.).

³³ Vgl. Leshchenko, in: Kroppenberg et al. (Hrsg.), Rechtsregeln, 2009, S. 251, 257 f.

³⁴ Vgl. Staudinger/Gamillscheg, 10./11. Aufl. 1973, Vorbem. vor Art. 13 EGBGB Rn. 329. Antokolskaia, S. 246 ff. beschreibt die Entwicklungen als „radical social engineering“: Obwohl die Bevölkerung zutiefst religiös war, erklärten die Kommunisten ihren Sieg gegen die „religious superstition of the population“. Die heutige Rechtsstellung faktischer Lebensgemeinschaften in der Ukraine ist auf diese Gesetzgebung zurückzuführen (Süß/Ring/Himmelreich, Ukraine, Rn. 104).

³⁵ Bilinsky, FamRZ 1966, 521; Staudinger/Mankowski, Art. 13 EGBGB Rn. 682.

Nach Jahrhunderten kirchlicher Jurisdiktion über das Eherecht hat sich das säkulare westeuropäische Recht vom kirchlichen Eherecht emanzipiert.³⁶ In Deutschland fand die „Bürgerliche Ehe“ nach dem Kulturkampf zwischen Staat und Kirche im späten 19. Jahrhundert ihren Weg in das Bürgerliche Gesetzbuch.³⁷ Bis heute ist die Ehe stark von sittlichen und religiösen Anschauungen geprägt.³⁸ Gleichzeitig wird seit der „sexuellen Revolution“ der 1960er Jahre eine Entkopplung von Sexualität, Zusammenleben und Ehe beobachtet; nichteheliche Kohabitation hat sich in den 1970er Jahren als neue Lebensform gesellschaftlich etabliert.³⁹

B. Soziologische Hintergründe

I. Trends und Entwicklungen

Die soziologischen Strukturen und Hintergründe nichtehelichen Zusammenlebens sind inzwischen gut erschlossen.⁴⁰ In den modernen westlichen Gesellschaften⁴¹ nimmt die absolute Zahl faktischer Lebensgemeinschaften kontinuierlich zu.⁴² Im Jahr 2023 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Deutschland 16,5 % aller Paare in einer faktischen Lebensgemeinschaft.⁴³ EU-weit wurden im Jahr 2022 42,2 % aller Kinder in nichteheliche Lebensgemein-

³⁶ Schwab, FamRZ 2017, 1284, 1287.

³⁷ MüKo-BGB/Koch, Einl. FamRn. 2 ff.; HKK-BGB/Thier, §§ 1303–1312 BGB Rn. 29 ff.

³⁸ Vgl. Staudinger/Löhnig, Einl. zu §§ 1303–1312 BGB Rn. 22. Zur Bedeutung der Ehe in der heutigen Zeit etwa Burkart, Soziologie der Paarbeziehung, 2018, S. 138 ff.; Nave-Herz, Die Ehe in Deutschland, 2022.

³⁹ Burkart, Soziologie der Paarbeziehung, 2018, S. 132.

⁴⁰ Umfassende Darstellung bei Boele-Woelki et al., Principles, S. 16 ff. (basierend auf 29 europäischen Länderberichten); Burkart, Soziologie der Paarbeziehung, 2018, S. 123 ff.; Peuckert, Familienformen im sozialen Wandel, 2019, S. 99 ff.; Überblick zu Westeuropa: Schneider, in: Arránz Becker/Hank/Steinbach (Hrsg.), Handbuch Familiensoziologie, S. 157, 170 f. Vgl. bereits Kiernan, IJLPF 15 (2001), 1, 3. Zu den Schwierigkeiten der statistischen Erfassung Goossens, IJLPF 35 (2021), 1, 10 f.

⁴¹ Dieser Trend wird aber auch in Afrika, Lateinamerika und in der Karibik beobachtet, vgl. van de Kaa, PopulBull 41 (1987), 1, 17; Boele-Woelki et al., Principles, S. 8, 16 ff.; Steuerwald, S. 123 f.; zu den USA: Atwood/Cahn, Houston JIntL 44 (2022), 191, 192 f.

⁴² 2019 gab es in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts ca. 3,256 Mio. faktische Lebensgemeinschaften, davon 942.000 mit minderjährigem Kind im Haushalt. Hinzu kommen 90.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften (Statistisches Bundesamt, Familie, Lebensformen und Kinder, Datenreport 2021, 2.1 Tabelle 1, S. 52, 59).

⁴³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Tabelle „Paare nach den Paarformen, Formen des Zusammenlebens“, abrufbar unter <<https://www.destatis.de/DE/Home/>> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024).

schaften geboren.⁴⁴ In Deutschland belief sich im Jahr 2023 der Anteil der Lebensgemeinschaften an allen Familien mit minderjährigen Kindern auf 12 % (2013: 10 %), wobei der Anteil in Ostdeutschland mit 21 % signifikant höher war als in Westdeutschland (10 %).⁴⁵ Gleichzeitig sind die Eheschließungszahlen in den letzten Jahrzehnten gesunken.⁴⁶

II. (Rechts-)Soziologische Grundstrukturen

Warum leben Menschen heute zunehmend in nicht formalisierten Lebensgemeinschaften?⁴⁷

Wie bereits in der Vergangenheit, liegt der erste Hauptgrund darin, dass einige Paare ihre Beziehung aus rechtlichen Gründen nicht formalisieren *können*.⁴⁸ Viele Rechtsordnungen ermöglichen gleichgeschlechtlichen Paaren keine Eheschließung.⁴⁹ Auch kann unter Umständen eine gescheiterte Ehe (noch) nicht geschieden werden, sodass den Partnern nichts anderes bleibt als das faktische Zusammenleben.⁵⁰

Der zweite Grund liegt darin, dass viele Partner ihre Beziehung nicht formalisieren *wollen*. Teils handelt es sich um eine bewusste Ablösung von der Familienform der Eltern.⁵¹ Andere Paare führen von vornherein nur eine „Beziehung

⁴⁴ Eurostat, Tabelle „Living births outside marriage, selected years, 1960–2022“, abrufbar unter <<https://ec.europa.eu/eurostat/>> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024). Dabei wurden allerdings registrierte Partnerschaften mit einbezogen.

⁴⁵ BMFSFJ, Familienreport 2024, S. 36 f.

⁴⁶ Die Zahl der Eheschließungen pro 1.000 Einwohner in Deutschland sank von 1950–2022 von 11 auf 4,6 (vgl. Statistisches Bundesamt, Tabelle „Eheschließungen je 1.000 Einwohner“, abrufbar unter <<https://www.destatis.de/DE/Home/>> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024)). Zwischen 1999 und 2009 stieg die Anzahl faktischer Lebensgemeinschaften um 44 % an, während die Zahl der Ehen um 6 % zurückging (vgl. *Steuerwald*, S. 103).

⁴⁷ Aufarbeitung der Rechtstatsachen bereits bei *Kreyenfeld/Konietzka*, in: Scherpe/Yassari (Hrsg.), *Rechtsstellung*, 2005, S. 45 ff.; umfassende Zusammenfassung der soziologischen Ursachenforschung in Großbritannien und den USA bei *Lewis*, *IJLPF* 15 (2001), 159, 160 ff.

⁴⁸ Weinreich/Klein/*Weinreich*, *NELG* Rn. 13 unterscheidet die voreheliche Lebensgemeinschaft, die Quasi-Ehe, die institutionalisierte nichteheliche Lebensgemeinschaft, die freie Partnerschaft sowie die nacheheliche Lebensgemeinschaft.

⁴⁹ *Sutherland*, in: *Eekelaar/George* (Hrsg.), *Routledge Handbook*, 2021, S. 64, 65. Vor der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurde das Phänomen des nichtehelichen Zusammenlebens häufig in engem Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gesehen, vgl. *Antokolskaia*, S. 374 ff. (die gleichgeschlechtliche Ehe wird hier als letzte Entwicklungsstufe für faktische Lebensgemeinschaften bezeichnet); *Atwood/Cahn*, *Houston JIntL* 44 (2022), 191, 192 f.

⁵⁰ *Sutherland*, in: *Eekelaar/George* (Hrsg.), *Routledge Handbook*, 2021, S. 64, 65. Vgl. zur parallelen Situation im antiken Rom bereits *A I* (S. 3 ff.).

⁵¹ Vgl. *Dethloff*, *FamR*, § 8 Rn. 4. Nach *Goossens*, *IJLPF* 35 (2021), 1, 14, ist dies umso häufiger der Fall, je jünger die Partner sind.

auf Zeit“.⁵² Wieder andere lehnen die Bindungen, die sich aus Güter-, Unterhalts- und Scheidungsfolgenrecht ergeben, strikt ab.⁵³ Häufig scheuen die Partner die rechtlichen Konsequenzen einer (erneuten) Eheschließung, etwa den Verlust von Renten- oder Pensionsansprüchen.⁵⁴

Bei den meisten Gemeinschaften geht es weniger um eine prinzipielle Ablehnung des Instituts Ehe.⁵⁵ Meist ist ein echter gemeinsamer Wille, was die Partnerschaft genau sein oder werden soll, noch nicht gebildet.⁵⁶ Es handelt sich um eine „Erprobungsphase“, in der die Partner nach und nach in eine immer festere Bindung hineinwachsen.⁵⁷ Zu Beginn dieser Phase haben die Partner regelmäßig noch getrennte Haushalte (*living apart together*).⁵⁸

In soziologischen Untersuchungen wird eine Verlängerung der Erprobungsphase beobachtet: Das Erstheiratsalter steigt.⁵⁹ Jüngere Menschen leben häufiger als ältere in faktischen Lebensgemeinschaften.⁶⁰ Die Frage nach der Formalisierung der Beziehung steht häufig erst bei der Geburt gemeinsamer Kinder auf der Tagesordnung, aber auch dann unterbleibt zunehmend die Eheschließung.⁶¹ Ei-

⁵² Typisch für die Phase der Postadoleszenz, siehe *Peuckert*, S. 96.

⁵³ *Sutherland*, in: *Eekelaar/George* (Hrsg.), *Routledge Handbook*, 2021, S. 64, 65.

⁵⁴ Dies wird bei den zunehmend beobachteten „Alters-WGs“ eine Rolle spielen. Vgl. *Dethloff*, *FamR*, § 8 Rn. 4.

⁵⁵ *Kroppenberg*, in: *Kroppenberg et al.* (Hrsg.), *Rechtsregeln*, 2009, S. 43, 53. *Peuckert*, S. 97 berichtet von einer Studie aus dem Jahr 1983, der zufolge die nichteheliche Lebensgemeinschaft bei 41 % der Befragten eine Vorstufe zur Ehe oder eine Probeehe war; nur für 28 % der Befragten handelte es sich um eine Alternative zur Ehe. Vgl. auch *Steuerwald*, S. 125, demzufolge sich in den meisten nord- und westeuropäischen Ländern kaum noch verheiratete Paare finden lassen, die nicht zuvor schon zusammengewohnt und -gewirtschaftet haben.

⁵⁶ Vgl. *Boele-Woelki et al.*, *Principles*, S. 33, denen zufolge die meisten faktischen Lebensgemeinschaften durch Eheschließung beendet werden; *Sutherland*, in: *Eekelaar/George* (Hrsg.), *Routledge Handbook*, 2021, S. 64, 66.

⁵⁷ *Burkart*, *Soziologie der Paarbeziehung*, 2018, S. 98 f., 111 ff.; *Steinbach/Helms*, *FamRZ* 2020, 476, 478.

⁵⁸ Vgl. *Peuckert*, S. 120, der zwei Haupttypen von *living apart together*-Partnerschaften unterscheidet (a. a. O., S. 121): (1.) *living apart together* als Ausdruck eines auf Unabhängigkeit ausgerichteten Beziehungsideals sowie (2.) *living apart together* als ausbildungs- oder berufsbedingte Kompromisslösung.

⁵⁹ Dies führt zu einer Verdrängung des Verlöbnisses, vgl. *Holzhauser*, FS *Jayme* II, 2004, S. 1447, 1449; *Kreyenfeld/Konietzka*, in: *Scherpe/Yassari* (Hrsg.), *Rechtsstellung*, 2005, S. 45, 61 f.; *Lewis*, *IJLPF* 15 (2001), 159, 170; *Peuckert*, S. 37 f.

⁶⁰ *Antokolskaia*, S. 368; *Goossens*, *IJLPF* 35 (2021), 1, 13 f.

⁶¹ Der Anteil nichtehelich geborener Kinder in Deutschland hat sich im Zeitraum 1993–2022 mehr als verdoppelt (<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1324/umfrage/ueheliche-kinder-anteil-an-allen-geburten/>> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024)). Dabei gibt es ein deutliches Ost-West-Gefälle: 2021 wurden in Ostdeutschland fast doppelt so viele Kinder außerhalb einer Ehe geboren wie in Westdeutschland (<<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2007>

nes der Hauptergebnisse soziologischer Trennungsforschung ist die gegenüber Ehen erhöhte Instabilität faktischer Lebensgemeinschaften.⁶²

III. Sozioökonomische Aspekte

Faktische Lebensgemeinschaften werden sowohl in den unteren als auch den oberen Einkommenschichten beobachtet.⁶³ Innerhalb des Beziehungsgeflechts kommt es regelmäßig zu einem strukturellen Gefälle: Die Aufgabenteilung in der Partnerschaft geht häufig dahin, dass ein Partner die Kinder betreut und deshalb nicht oder nur in Teilzeit arbeitet.⁶⁴ Dies ermöglicht wiederum die Erwerbstätigkeit des anderen Partners. Die klassische Aufgabenteilung führt zur Vermögensmehrung lediglich eines Partners – dabei handelt es sich auch heute noch⁶⁵ in der Regel um den berufstätigen Mann.⁶⁶ In heterosexuellen Partnerschaften übernimmt in der Regel die Frau die Sorge für etwaige Kinder.⁶⁷ Während der Dauer der Beziehung darf der andere Partner hieran freilich partizipieren, weshalb die formal-juristische Zuordnung nicht hinterfragt wird.⁶⁸ Je länger die Beziehung fortwährt, desto mehr beziehungspezifische Investitionen sind zu erwarten.⁶⁹ Im Falle des Scheiterns der Lebensgemeinschaft führt die formal-juristische Zuordnung zu erheblichen Nachteilen für den nicht erwerbstätigen Partner.⁷⁰ Die sich hieraus ergebenden Härten treffen typischerweise Frauen.⁷¹

94/umfrage/anteil-der-nichtehelich-geborenen-kinder-in-deutschland/> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024)).

⁶² *Steinbach/Helms*, FamRZ 2020, 476, 478.

⁶³ *Goossens*, IJLPF 35 (2021), 1, 16 f. erkennt einen „link between cohabitation and poverty“; ebenso *Lewis*, IJLPF 15 (2001), 159, 170 (für Großbritannien). *Peuckert*, S. 104 f. legt dar, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft vorwiegend eine Lebensform von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen ist, und im Falle heterosexueller Gemeinschaften von einer formalen Bildungsüberlegenheit der Frau gekennzeichnet ist. Zudem sei die nichteheliche Lebensgemeinschaft in Großstädten häufiger als in Kleinstädten und ländlichen Gebieten anzutreffen

⁶⁴ *Boele-Woelki et al.*, Principles, S. 70; *Dethloff*, FS Frank, 2008, S. 81, 95 f.

⁶⁵ Ein Zustand, der bis in die Antike zurückgeht, vgl. *HKK-BGB/Saar*, §§ 1297–1302 BGB Anh. II Rn. 35.

⁶⁶ *Boele-Woelki et al.*, Principles, S. 71; *Dethloff*, FS Schwab, 2005, S. 343, 344; *Goossens*, IJLPF 35 (2021), 1, 28; *Pollmann-Schult*, in: Arránz Becker/Hank/Steinbach (Hrsg.), Handbuch Familiensoziologie, 2023, S. 675, 681 f.; vgl. auch die Ausführungen der EU-Kommission im Zuge der Entstehung der EuGüVO: COM(2011) 126 final, S. 9.

⁶⁷ Vgl. die Zahlen des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2023 (abrufbar unter <http://bit.ly/40sJufQ> (zuletzt abgerufen am 8.8.2024)).

⁶⁸ Vgl. *Coester-Waltjen*, NJW 1988, 2085, 2087 f.

⁶⁹ *Steinbach/Helms*, FamRZ 2020, 476, 479 f., die derartige Investitionen gleichzeitig als „Trennungsbarriere“ bezeichnen.

⁷⁰ *Boele-Woelki et al.*, Principles, S. 70.

⁷¹ Vgl. etwa *Lind*, in: Asland et al. (Hrsg.), Nordic Cohabitation Law, 2015, S. 1, 9.

Sachverzeichnis

- Analogie
– autonomes IPR 65 f., **168 ff.**
– europäisches IPR 64 f., **160 ff.**
– und Qualifikation 63 ff.
- Anerkennung
– gerichtliche 20, 52, 133
- Anpassung
– und Qualifikation 67, 98
- Auslegung
– primärrechtskonforme 87 f., 128 ff.
– verordnungsübergreifend einheitlich 60 f., 112, 118 f.,
- Ausweichklausel 77 f., 159, 193, 212, 220, 223, 253, **257 ff.**, 265, 272
- Beendigung faktischer Lebensgemeinschaften **21**, 52, **73 f.**, **104 f.**, 107, 162 f., 171, 216, 219, 230, **248**
- Begründung
– faktischer Lebensgemeinschaften 12, 14, 19 f., 29, 73 f., 92 ff., **101 ff.**, 107 f., 130, 138, **157 ff.**, 161 f., 168, 170, 172, **174 ff.**, 181, 216 f., 219, 227, 230, 245, 247 f.
- Common Law*-Ehe **6**, **31**, 169 f., 243
- Doppelqualifikation 66, 98
- Drittenschutz 78, 105, **194 f.**, 207, 222, 249, 259, 261, **267 f.**
- Ehe
– Abgrenzung zur faktischen Lebensgemeinschaft 4, 13, 19, 92 f., 111 ff., 157 ff., 160 ff., 167
– Eheschließungszahlen 8, 13, 37, 51, 235 f.
- Eingetragene Lebenspartnerschaft
– Abgrenzung 27 ff., 92 f., 167
– zu Beweis Zwecken 28 f., 103 f., 107, 114 ff., 117, 133, 168, 170, 177 f., 183, 243
- Einheitliche Auslegung
– verordnungsübergreifend 60 f., 118 f.
- Erbrecht 41, 104, 156 ff., 245 f.
- Faktische Ehe, *siehe Common Law*-Ehe
Familienverhältnis 15 ff., 52, **117 ff.**, 144, 186, 204, 276
- Freundschaftliche Beziehungen, *siehe* Zweckgemeinschaften
- Gleichgeschlechtliche faktische Lebensgemeinschaften 23, 72, 124, 128, 176 f., 202, 244
- Güterrecht 40 ff., 108 ff., 149, 160, 191 f., 194 f., 248, 258 ff., 266
- Harmonisierung
– des Kollisionsrechts 57, 71, 236 f.
– des Sachrechts **44 ff.**, 52
- Haushaltsgegenstände, *siehe* Wohnung
- Kollisionsrechtliche Interessen 74, 81 f., **89 ff.**, 132, 147, 163, 166, 242
- living apart together* 9, 22, 129, 133, 219, 242 f., 251
- Mehrfachqualifikation, *siehe* Doppelqualifikation
- Notarielle Formalisierung 21, 29, 37, 52, 116, 127, 133, 196, 244, 263 f.
- optimism bias 11, 144
- ordre public* 82 ff., 199 ff., 270, 273

- Parteiautonomie, *siehe* Rechtswahl
 Partnerschaftsvertrag 11, 21, 29, 37, 52, 151, 253
 Polygamie 11, 15 f., 21, 24, 46, 129, 134, 242
 Principles of European Family Law **44 ff.**, 50 f.
 Privatautonomie 15 f., 21, 45 f., 79, 91, 201 f.
- Qualifikation
 – auf Rechtsfolgenreihe 63, 183 f., 271
 – Gegenstand der Qualifikation 54 f., 182
 – *lex causae*-Qualifikation 55 f., 97 f., 120 f., 136, 139, 164 f., 182
 – Qualifikationsverweisung 56, **61 f.**, 97 f., 120, 136 ff., 179 f.
- Rechts(-un)-sicherheit 21, 46, 62, 77, 91 f., 94, 159, 173, 225, 235, 240, 246, 265, 270, 277
- Rechtsvergleichung
 – Sachrecht 17 ff.
 – Kollisionsrecht 205 ff.
- Rechtswahl 78 ff., 116, 148, 178, 190 f., 195 ff., 217, 221 f., 232, 252, 260 ff.,
 Regelungsvorschlag 239
- Schutz der schwächeren Partei 15 f., 35 ff., 45 f., 50 f., 52, 80 f., 91, 93 f., 131 f., 145, 147, 201, 220 ff., 234, 264, 275
- Schutz des Rechtsverkehrs, *siehe* Drittschutz
 Sowjetehe 6, 31, 169
 Soziologie 7 ff.
- Statusprinzip 12 ff., 37, 74, 169 f., 243, 261
 Statutenwechsel 67 ff., 192 ff., 207, 209, 220 f., 230, 232, 254 ff., 266, 270 f.
- Uniform Cohabitants' Economic Remedies Act **46 f.**, 50 f., 215 f.
- Unterhalt 33, 41 ff., 44 f., 74, 104, 131, 134 f., 140 f., 163 ff., 187 ff., 200, 230, 232, 249
- Verantwortungsgemeinschaft I, 11, 24 f., 37, 242
- Verhältnisse mit vergleichbaren Wirkungen 62, 98, 120 f., 123 f., 135 ff., 179 ff.
- Verlöbnis 30, 33
- Vertrauensschutz 15, 35, 68 ff., 84, 89, 90 ff., 193, 202 ff., 221, 253, 259, 271
- Vorfrage
 – Grundlagen 86 f.
- Vorfrage
 – Bestehen der Lebensgemeinschaft 101 ff., 156 ff., 245, 276
- Wandelbare Anknüpfung, *siehe* Statutenwechsel
- WGs, *siehe* Zweckgemeinschaften
- Wohnung und Haushaltsgegenstände 22, 33, 37, 42, 45, 173 f., 210, 217, 222
- Zuständigkeit, internationale 184 ff.
- Zuwendungen, unbenannte 35, 145 f., 149 f., 152
- Zweckgemeinschaften 26 f., 32, 46, 130, 133, 186, 199, 242